

# DIE OPERATIONALISIERUNG DER US-VORHERRSCHAFT

## BUSH'S NATIONALE SICHERHEITSSTRATEGIE

von Jürgen Wagner

*Im Zentrum der neuen Außenpolitik in einer unipolaren Welt steht der Aufstieg der USA zur einzigen Supermacht und die Verfestigung dieses Zustandes mittels der Grand Strategy NSS. Um keinen ebenbürtigen Rivalen zuzulassen, muss die Außenpolitik der „Pax Americana“ in verschiedener Hinsicht aggressiver werden, um die Inkonsequenzen des „widerwilligen Sheriffs“ der Clinton-Ära zu überwinden. Entscheidend ist für den Autor, dass es sich dabei nicht um eine kurzfristige Option einiger Hardliner handelt, sondern um die grundlegende Konzeption für einen sehr langen Zeitraum, bei dem Angriffskriege „auf Verdacht“ jederzeit möglich sind.*

**Jürgen Wagner** ist Vorstandsmitglied der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI e.V.; [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)). Er bearbeitet dort den Schwerpunkt US-Außen- und Sicherheitspolitik.

Aktuelle Buchveröffentlichung: Das ewige Imperium: Die US-Außenpolitik als Krisenfaktor. VSA-Verlag, Hamburg 2002.



## DIE NEUE „GRAND STRATEGY“?

Von dem Zeitpunkt an, als George F. Kennan 1947 unter dem Pseudonym „Mr. X“ in der Zeitschrift *Foreign Affairs* die Grundlagen der Containment-Politik darstellte,<sup>1</sup> verschrieb sich die Außenpolitik der Vereinigten Staaten vorwiegend einem Ziel: Der Eindämmung der Sowjetunion. Nachdem die USA aus der Blockkonfrontation als einzige Supermacht hervorgingen, galt es diese Strategie an die neuen Bedingungen anzupassen. Die Suche nach einer Nachfolgedoktrin begann.

Seit 1986 ist der US-Präsident per Gesetz (Goldwater-Nichols-Act) dazu verpflichtet, den Kongress detailliert über den künftigen Kurs der US-Außenpolitik zu unterrichten. Während frühere Versuche, eine „Grand Strategy“ für die Zeit nach dem Kalten Krieg zu entwerfen, fehlschlagen, soll nun die vom US-Präsidenten am 20. September 2002 vorgelegte „Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten“ (NSS), besser bekannt unter dem Namen „Bush-Doktrin“, den großen Wurf darstellen.<sup>2</sup>

Die NSS soll den Anspruch an eine Grand Strategy erfüllen, indem sie „beschreibt, wie ein Land seine verschiedenen zur Verfügung stehenden Mittel – militärische, politische, technologische, ideologische und kulturelle – nutzen wird, um seine übergeordneten Sicherheits-, Werte- und nationalen Interessen zu schützen und zu fördern.“<sup>3</sup>

Gleichzeitig ist die NSS „die radikalste Neuordnung der amerikanischen Weltmachtspolitik seit Ende des Kalten Krieges.“<sup>4</sup> Nicht wenige sehen in ihr die Nachfolgedoktrin des National Security Council Memorandums (NSC) vom April 1950, das seinerzeit die Containment-Politik offiziell einleitete und fortan von den außenpolitischen Eliten der USA weitgehend im Konsens verfolgt wurde.<sup>5</sup>

Ob es sich bei der NSS um ein Dokument ähnlicher Tragweite handelt, das die US-Außenpolitik der nächsten Jahre bestimmen kann, entscheidet sich an der Frage, ob es gelingt, innerhalb der politischen Eliten hierfür eine breite Unterstützung zu finden.

## DER HEGEMONIALE KONSENS

Auffällig ist zunächst einmal, dass die NSS eindeutig die Handschrift der neokonservativen Hardliner um Vizepräsident Dick Cheney und den stellvertretenden Verteidigungsminister Paul Wolfowitz trägt. Mit ihr „übernahm der Präsident das Paradigma jener Befürworter einer hegemonialen, in der Tradition Reagans sich sehenden, auf ‚militärische Stärke und moralische Klarheit‘ setzenden globalen amerikanischen Führungsrolle, die als beste Garantie für ein stabiles internationales System angesehen wird.“<sup>6</sup> Seit Charles Krauthammer Anfang der 90er den „unipolaren Moment“<sup>7</sup> ausrief, der auf das Ende der Sowjetunion und dem damit verbundenen Aufstieg der USA zur einzigen Supermacht folgte, steht die Forderung nach einer Verewigung der US-Hegemonie im Zentrum des neokonservativen Denkens. Diese neue Aufgabe der US-Außenpolitik wurde in ihren Grundzügen schon vor zehn Jahren in der unter anderem von Cheney und Wolfowitz verfassten „Defense Planning Guidance“ festgelegt.<sup>8</sup> Seither zieht sich diese Prioritätensetzung wie ein roter Faden durch neokonservative Veröffentlichungen. So unterstrich eine Studie vom September 2000, an der neben Wolfowitz auch Lewis Libby, Cheneys heutiger Stabschef und weitere Mitglieder der Bush-Administration beteiligt waren, dass sich die gesamte US-Außenpolitik diesem Ziel unterzuordnen habe: „Derzeit sehen sich die USA keinem globalen Rivalen ausgesetzt. Die Grand Strategy der USA sollte darauf abzielen, diese vorteilhafte Position so weit wie möglich in die Zukunft zu bewahren und auszuweiten.“<sup>9</sup> Den neokonservativen Präferenzen entsprechend übernimmt auch die NSS diese Forderung: „Der Präsident beabsichtigt nicht, es irgendeiner anderen ausländischen Macht zu erlauben, den gewaltigen Vorsprung, der sich den USA seit dem Kalten Krieg eröffnet hat, aufzuholen.“<sup>10</sup> Der Rest des Dokumentes dient primär der Umsetzung dieses Zieles.

Allerdings handelt es sich hierbei nicht allein um ein Projekt der äußersten republikanischen Rechten. Nahezu die komplette außenpolitische US-Elite teilt die Auffassung, die US-Strategie müsse sich darauf konzentrieren, keinen ebenbürtigen Rivalen zuzulas-

sen. So war die Bewahrung der US-Vormachtstellung auch unter Präsident Bill Clinton das maßgebliche Ziel der Außenpolitik.<sup>11</sup> Aufgrund der gemeinsamen Prämisse verwundert es deshalb nicht, dass es sich bei der NSS „um die konsequente Fortschreibung längst vorhandener respektive sich seit langem abzeichnender Konzeptionen handelt,“<sup>12</sup> die auf viele operative Elemente aus der Clinton-Zeit zurückgreift. Allerdings war eine Hauptkritik an Bushs Vorgänger, diese Einzelemente nicht konsequent zu einem kohärenten Ansatz zusammengefügt zu haben, der sich klar an der Verfolgung von Washingtons Hegemonialanspruch orientierte. Dies mündete in den Vorwurf des „halbherzigen Hegemons“ bzw. des „widerwilligen Sheriffs“. Die NSS soll genau diesen Makel beheben und somit die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit schließen.<sup>13</sup>

Hierfür integriert sie wichtige Aspekte der beiden dominierenden außenpolitischen US-Denkschulen: Die Verfolgung klassischer Machtpolitik und Interessenswahrung des Realismus findet sich in der NSS ebenso wieder, wie die im liberalen Internationalismus angelegte Forderung nach aggressiver Ausweitung von Demokratie und Marktwirtschaft. Gleichzeitig werden moderatere Elemente, wie die Forderung der „Realisten“ nach einem zurückhaltenden Einsatz militärischer Gewalt oder die der „Internationalisten“ nach stärkerer Ausrichtung auf multilaterale Kooperation, zugunsten einer konsequenten Verfolgung des eigenen Hegemonialanspruchs über Bord geworfen.

So gesehen trifft die Einschätzung zu, dass die NSS „eine brillante Synthese“ der verschiedenen Ansätze für eine engagierte Rolle der USA in der Welt nach dem Kalten Krieg darstellt.<sup>14</sup> Aus der Prämisse – dem Erhalt der US-Hegemonie – werden konsequent die hierfür notwendigen Einzelschritte abgeleitet.

Falls also diese Grundprämisse weiterhin von der überwiegenden Mehrheit des außenpolitischen Establishments geteilt wird, besteht das Hauptproblem eben nicht darin, dass eine kleine Gruppe von Hardlinern kurzzeitig die US-Außenpolitik dominiert, sondern, dass sich die Vereinigten Staaten unweigerlich auf Konfrontationskurs mit der restlichen Welt begeben haben. Gerade diese Polarisierung macht die NSS zu einem Dokument, das gründlich und

grundsätzlich analysiert werden muss. Denn trotz ihrer offensichtlich destabilisierenden Wirkung in vielen Bereichen, liefert sie die bisher mit Abstand aggressivste und ambitionierteste Strategie, für eine dauerhafte Wahrung der US-Hegemonie. Indem sie den eingeschlagenen Weg der US-Außenpolitik konsequent zu Ende denkt proklamiert sie faktisch eine neoimperialistische Politik: „Im schlimmsten Fall“, so John Ikenberry, Professor für Geopolitik an der Georgetown University, geht es hier um „eine neoimperiale Vision, in der die Vereinigten Staaten für sich eine globale Rolle reklamieren: Standards festzulegen, Gefahren zu definieren, Gewalt anzuwenden und Gerichtsbarkeit auszuüben.“<sup>15</sup>

## VOM CONTAINMENT ZUR „PAX AMERICANA“

Galt die bloße Forderung nach einer dauerhaften Vormachtstellung lange als undenkbar, ist sie heute überall zu vernehmen.<sup>16</sup> Als Rechtfertigung dient die Aussage, ein unipolares System mit den USA an der Spitze sei die beste Möglichkeit kriegerische Auseinandersetzungen zu vermeiden. Aufgrund der permanenten staatlichen Interessenskonflikte drohe ansonsten immer die Gefahr einer militärischen Verregelung dieser Konflikte oder einer erneuten Blockkonfrontation. Nur wenn ein Staat (die USA) übermächtig und nahezu unangreifbar ist, würden diese Interessenskonflikte friedlich (im Sinne der USA) gelöst und damit Kriege verhindert. Jeder relative Machtverlust vergrößere somit die Bedrohung der USA und müsse deshalb unter allen Umständen verhindert werden. Dieses Ringen um eine „dauerhafte Vormachtstellung“ bedingt den ständigen Ausbau der militärisch-ökonomischen Führungsposition und mündet in der Forderung nach einer Pax Americana bzw. eines US-Imperiums. Gleichzeitig wird damit versucht, eine im wesentlichen egoistische Politik als pazifizierendes Element der Weltpolitik umzudeuten, an dessen Verfolgung allen Staaten gelegen sein sollte.<sup>17</sup> Schon lange vor dem 11. September benannte ein neokonservatives Grundlagenpapier die „Pax Americana“ als strategisches Ziel der US-Politik und beschrieb die hierfür notwendigen militärischen Aufgaben:

	KALTER KRIEG	21. JAHRHUNDERT
Sicherheitssystem	Bipolar	Unipolar
Strategisches Ziel	Eindämmung der Sowjetunion	Sicherung der Pax Americana
Hauptsächliche militärische Aufgaben	Abschreckung des sowjetischen Expansionismus	Sicherung und Ausdehnung von Zonen des demokratischen Friedens; die Entstehung eines neuen Großmacht- Konkurrenzkonkurrenzen verhindern; Schlüsselregionen verteidigen; die Veränderung des Krieges ausnutzen

Tabelle: Neokonservatives Grundlagenpapier zu strategischen Zielen der US-Politik (Quelle: Rebuilding America's defenses, S. 14)

Die auffällige Verknüpfung realistischer und internationalistischer Komponenten, ist auch zentraler Bestandteil der NSS und zeigt, dass die wesentlichen Elemente der neuen Doktrin sich nicht unmittelbar auf die New Yorker Anschläge beziehen: „Das übergreifende Ziel dieser Strategie ist nicht der Kampf gegen terroristische Gruppen oder Staaten, sondern Erhalt und Ausbau der Ungleichheit zwischen Amerika und dem Rest der Welt und die Vollendung der weltweiten Durchsetzung des amerikanisch dominierten Modells.“<sup>18</sup> Der „Kampf gegen den Terror“ liefert den Vorwand für die Umsetzung dieser imperialen Strategie und gibt zudem die militärischen Antworten, wie man mit den Folgen dieser Politik umgehen will.

### „FULL SPECTRUM DOMINANCE“

„Wir sind wachsam gegenüber einer erneuten Großmachtkonkurrenz,“ betont die NSS (S. 30). Um dies zu verhindern müsse das militärische Potenzial der Vereinigten Staaten „groß genug sein, um mögliche Gegner davon abzuhalten, in der Hoffnung die Macht der USA zu übertreffen oder einzuholen, eine militärische Aufrüstung anzustreben.“

Dieser Ruf nach permanenter militärischer Dominanz, ist ein zentraler Baustein der US-Hegemonialpolitik. „Amerika sollte

versuchen, seine globale Führungsposition durch die Übermacht seines Militärs zu bewahren und auszuweiten,“ verkündeten die Neokonservativen schon vor ihrem Einzug ins Weiße Haus.<sup>19</sup> Washington folgt hier einer doppelten Logik: Militärische Vorherrschaft sei die notwendige Bedingung für eine rigorose Wahrung von US-Interessen. Nur dies ermögliche es, die eigene Machtposition auszubauen, diese wiederum in militärische Stärke umzumünzen und so die globale Führungsposition zu bewahren. Gelingt dies nicht, ermutige man potenzielle Rivalen dazu, die USA herauszufordern, was unweigerlich zu einer verheerenden kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den Großmächten führen werde. Schon unter Clinton wurde die Doktrin der „Full Spectrum Dominance“ erarbeitet. In der Joint Vision 2020 aus dem Jahr 2000, einer Weiterentwicklung der 1996 veröffentlichten Joint Vision 2010, hieß es: „Aufgrund der globalen Natur unserer Interessen und Verpflichtungen, müssen die USA ihre militärische Präsenz in Übersee sowie die Fähigkeit schnell weltweit Macht ausüben zu können erhalten, um eine Dominanz auf allen Gebieten zu erlangen.“<sup>20</sup>

Die NSS (S. 29) betont zudem die Bedeutung einer „Vorwärtspräsenz“ in „strategisch vitalen Regionen“, was im Einklang mit der nun begonnenen radikalen Ausweitung US-amerikanischer Truppenstationierungen in der kaspischen Region und am Persischen Golf steht.

Gleichzeitig wird ein Legitimationskonstrukt entworfen, das der Anwendung dieses Potenzials nahezu einen Blankoscheck erteilt.

## **PROLIFERATION, PRÄEMPTION UND KRIEG AUF VERDACHT**

Laut NSS (S. 6) sei die Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln (Proliferation) nun das handlungsleitende Prinzip der US-Regierung: „Unsere unmittelbare Aufmerksamkeit wird sich auf die Terrororganisationen globaler Reichweite und [...] staatliche Unterstützer des Terrorismus richten, die versuchen Massenvernichtungsmittel zu benutzen oder an deren

Vorläufer zu gelangen.“ Angeblich hätten die Anschläge des 11. September belegt, dass die traditionellen Ansätze – Abschreckung, Eindämmung und Rüstungskontrolle – nach dem Kalten Krieg nicht mehr greifen würden: „Abschreckung, die allein auf einer Drohung mit Vergeltung basiert, funktioniert kaum gegen Führer von „Schurkenstaaten“, die eher bereit sind Risiken einzugehen.“ (NSS, S. 15) Neu ist hierbei die nahezu ausschließliche Konzentration auf militärische Mittel: „Die USA werfen [mit der NSS] die Idee über Bord, dass multilaterale Regime und globale Abmachungen effektive Wege zu Abrüstung und Non-Proliferation sind.“<sup>21</sup>

Zusätzlich habe sich die Gefahr seit dem 11. September drastisch erhöht, da, wie Cheney betont, „alte Sicherheitsdoktrinen nicht mehr gelten. Eindämmung ist nicht möglich, wenn Diktatoren Massenvernichtungsmittel erwerben und bereit sind, diese mit Terroristen zu teilen, die beabsichtigen, den Vereinigten Staaten katastrophale Verluste zuzufügen.“<sup>22</sup> Der Besitz, ja sogar der bloße Versuch, an Massenvernichtungsmittel zu gelangen, stelle inzwischen, so die US-Regierung, eine nicht mehr tolerierbare Gefahr dar, die zum militärischen Eingreifen berechtige: „Diktatoren, die [...] Massenvernichtungswaffen bauen, sind unterrichtet, dass ein solches Verhalten, schon für sich selbst, ein Kriegsgrund ist,“ bestätigt US-Senator John McCain.<sup>23</sup>

Hieraus leitet die Bush-Administration (NSS, S. 6) das Recht ab künftig die „Gefahr zu beseitigen, bevor sie unsere Grenzen erreicht“, indem die USA „nicht zögern werden, wenn notwendig auch allein, durch präemptives Handeln ihr Recht auf Selbstverteidigung auszuüben“.

Während die US-Regierung aber von Präemption spricht, was eine vom Völkerrecht gedeckte militärische Reaktion auf einen nachweislich und unmittelbar bevorstehenden Angriff darstellt, ist in Wirklichkeit Prävention, die Vorbeugung möglicherweise künftig entstehender, keineswegs sicher auftretender Gefahren gemeint. Dies ist jedoch ein klarer Bruch des Völkerrechts und die faktische Beendigung staatlicher Souveränität, über die künftig in Washington entschieden wird, wie Richard Haass, Leiter der politischen Planungsabteilung im US-Außenministerium, verdeutlicht:

„Einfach gesagt, Souveränität verschafft Regierungen keinen Blankoscheck, innerhalb ihrer Grenzen tun zu können, was auch immer sie wollen.“<sup>24</sup>

Henry Kissinger macht auf die Tragweite der neuen Doktrin aufmerksam: „Dieser neue Ansatz ist revolutionär. Die Ablösung einer fremden Regierung zum Gegenstand militärischer Drohungen und möglicher Interventionen zu machen, stellt das gesamte System des Westfälischen Friedens von 1648 infrage, dessen Grundlage die Nichteinmischung fremder Mächte in die internen Angelegenheiten souveräner Staaten ist. Ebenso steht die Bereitschaft der USA zu 'gerechtfertigten Präventivschlägen' im völligen Gegensatz zum modernen Völkerrecht. Der Einsatz von Waffengewalt ist ausschließlich zur Selbstverteidigung erlaubt – gegen eine tatsächliche, nicht eine potenzielle Bedrohung.“<sup>25</sup>

Gerade der als Präzedenzfall vorgesehene Angriffskrieg gegen den Irak zeigt die Völkerrechtswidrigkeit der US-Pläne, da eine irakische Aggression wohl kaum bevorsteht und somit eine präemptive Aktion nach gängigem Verständnis nicht zu rechtfertigen ist. Auch der US-Regierung scheint dieser Widerspruch bewusst zu sein. Deshalb fordert sie in der NSS (S. 15), das „Konzept unmittelbar bevorstehender Gefahren an die Ziele und Möglichkeiten heutiger Gegner anzupassen.“

Sie argumentiert, dass Führer sogenannter „Schurkenstaaten“ aufgrund ihres irrational-aggressiven Charakters jederzeit zum Einsatz von Massenvernichtungsmitteln bereit seien – das Prinzip gesicherter gegenseitiger Vernichtung (Mutual Assured Destruction – MAD), also bei ihnen nicht funktioniere. Allerdings liefert die US-Regierung keine plausiblen Belege hierfür. Im Gegenteil, alles deutet darauf hin, dass sich „Schurkenstaaten“ sowohl von einem Angriff auf die USA oder ihre Verbündeten, als auch von einer Weitergabe von Massenvernichtungsmitteln an Terroristen abschrecken lassen.<sup>26</sup> Ebenso ist eine konsequente Rüstungskontrolle – die von der US-Regierung bekanntlich abgelehnt wird – in der Lage, den Zugriff auf gefährliche Waffen zu verhindern. Trotzdem übernimmt die NSS diese Bedrohungsanalyse.

Zwar wird angegeben, nicht in allen Fällen präemptiv handeln zu wollen, allerdings vermisst man jegliche Kriterien, wann solche

Einsätze legitim sein sollen. „Würden die USA das Interventions- und Präventionsprinzip künftig durchgehend anwenden, so ergäbe sich angesichts einer stets vorhandenen latenten Terrorisierungsgefahr eine geradezu permanente Interventionslage, mit den entsprechenden Gefahren für die internationale Stabilität.“<sup>27</sup> Der Anspruch, nahezu beliebig und frei von Restriktionen Staaten militärisch abstrafen zu können, ist offensichtlich und integraler Bestandteil einer „Pax Americana“.

Damit haben sich die Vereinigten Staaten ein Legitimationskonstrukt zurechtgezimmert, das ihnen erlauben soll, überall dort, wo US-Interessen gefährdet sind, die Verhältnisse im eigenen Sinne zurechtzurücken. Herbert Kremp wies in der *Welt* darauf hin, dass Washington hiermit explizit auf eine Erweiterung seines Einflusses abzielt: „Die Bush-Doktrin wird sich in ihrer Entwicklung nicht auf die Beseitigung der terroristischen Untergrundmächte und ihrer Helfer beschränken. Ihre konsequente Verfolgung impliziert die Ausweitung in drei Richtungen:

- Kontrolle der vorder- und zentralasiatischen Transferstaaten vom Kaukasus bis zum Hindukusch;
- Verhinderung der islamistischen Machtergreifung in Saudi-Arabien;
- Konzentration des Interesses auf den Iran, Indien und China, wo neue Macht-Agglomerationen entstehen.“<sup>28</sup>

Thomas Donnelly, Mitglied des Project for the American Century, dem wohl einflussreichsten neokonservativen Think Tank, beschreibt ebenfalls den richtungsweisenden Charakter der Bush-Doktrin: „Seit dem 11. September hat auch Präsident George W. Bush gelernt, dass es schwer ist, ein bescheidener Hegemon zu sein. [...] Die Bush-Doktrin ist deshalb ein Ausdruck der Entscheidung des Präsidenten, die Pax Americana im gesamten Mittleren Osten und darüber hinaus zu erhalten und auszuweiten.“<sup>29</sup> Wie dies geschehen soll, verdeutlicht Kremp. Er bescheinigt der Bush-Doktrin: „Sie diktiert einen Verhaltenskodex am Rande der Unterwerfung.“<sup>30</sup> Es ist nicht weiter verwunderlich, dass manche Beobachter sogar soweit gehen, der Bush-Doktrin eine strukturelle Ähnlichkeit zur Breschnew-Doktrin zu attestieren.<sup>31</sup>

Die destabilisierende Wirkung der NSS ist offensichtlich. Wenn die USA auf bloße Anschuldigung hin ein militärisches Eingreifen androhen, ist es wenig plausibel, wieso andere Staaten diese Herangehensweise nicht übernehmen sollten. Russlands explizit mit dem Verweis auf die Bush-Doktrin erfolgte Drohungen gegenüber Georgien, zeigen hier die ersten fatalen Folgen.<sup>32</sup> Noch schlimmer könnte es kommen, wenn beispielsweise Indien sich die US-Argumentation zu eigen machen und Pakistan wegen seiner Unterstützung des Terrorismus angreifen würde. Um dem vorzubeugen, dürfen laut NSS (S. 15) „Staaten Präemption nicht als Vorwand für Aggressionen benutzen“.

Die Deutungsgewalt verbleibt allein in den Händen der einzigen Weltmacht, was wohl eines der entscheidenden Merkmale der neuen Doktrin ist. Während Abschreckung und Rüstungskontrolle lange Zeit auf Gegenseitigkeit beruhten, werden sie heute einseitig angewandt und um eine offensive Komponente ergänzt. So behält sich Washington das Recht vor, entgegen den Zusagen des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages, sein Abschreckungspotenzial auf alle Ewigkeit zu behalten, nennt den gleichen Versuch anderer Staaten aber „nukleare Erpressung“. Während man selbst die Bio- und Chemiewaffenkonventionen verletzt, werden andere Länder ohne Beweise angeklagt solche Waffen zu entwickeln und ihnen deswegen militärische Konsequenzen angedroht. Das Prinzip gegenseitiger Abschreckung kann nicht geduldet werden, da Washington ansonsten seinen Kontrollanspruch in wichtigen Regionen aufgeben müsste – ein Gedanke, der direkten Niederschlag in der neuen US-Nukleardoktrin findet.

## **„SIEG IST MÖGLICH“ - BUSH-DOKTRIN UND US-NUKLEARPOLITIK**

Zwar nicht explizit in der NSS erwähnt, aber doch nahe liegend ist das beängstigende Szenario, das sich aus einer Verbindung der Bush-Doktrin mit der vom Pentagon erarbeiteten Nuclear Posture Review (NPR) ergibt. Sie enthält die Ergebnisse einer kompletten Überprüfung der US-Nuklearstrategie samt Bewaffnung, die

dem Kongress bereits am 8. Januar 2002 als geheimes Dokument übergeben wurde.

Obwohl ausführliche Analysen, wie auch aufschlussreiche Erläuterungen seitens der Regierung schon zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren,<sup>33</sup> kam es erst zu einer ausführlichen Debatte, nachdem die klassifizierten Teile der NPR an die Öffentlichkeit gerieten.<sup>34</sup> Die NPR enthält gleich mehrere brisante Inhalte:

1. Werden China und Russland weiterhin als mögliche Ziele eines US-Atomangriffes ausgewiesen.
2. Behalten sich die USA die Möglichkeit vor, auch gegen Nicht-Nuklearstaaten als Vergeltung für einen Angriff mit chemischen oder biologischen Kampfstoffen, Atomwaffen einzusetzen. Formal gaben die Vereinigten Staaten zuletzt 1995 die Zusage solche Angriffe nicht zu unternehmen.
3. Visiert Washington die präventive Vernichtung feindlicher Lager- oder Produktionsstätten für Massenvernichtungsmittel an (als Ziele hierfür gelten neben Russland und China insbesondere auch noch die Nicht-Atomwaffenstaaten Irak, Iran, Libyen, Syrien und Nordkorea).

Während die ersten beiden Punkte zwar für sich schon bedenklich sind, aber keine wesentlichen Neuerungen zur Nuklearpolitik der Clinton-Administration darstellen,<sup>35</sup> ist der letzte Aspekt extrem beunruhigend.

Allerdings gehen auch diese Pläne nicht auf den 11. September zurück. Schon vorher hatte Keith Payne, Leiter des National Institute for Public Policy (NIPP), in einer Studie, an der auch zahlreiche Mitglieder der heutigen Bush-Administration beteiligt waren, die wesentlichen Elemente der NPR vorgelegt, die dann auch nahezu komplett Eingang in die offizielle Version fanden.<sup>36</sup> Mit der Neuformulierung der Nuklearstrategie werden zwei ambitionierte Ziele angestrebt, die aus US-Sicht eine notwendige Bedingung für die Aufrechterhaltung der amerikanischen Hegemonie im 21. Jahrhundert darstellen.

1. Durch die Verbindung mit dem geplanten Raketenabwehrsystem und der Aufkündigung der Rüstungskontrolle, sprich der Parität im Bereich strategischer Atomwaffen zwischen Moskau und Washington, wird mittelfristig eine Erstschlagfähigkeit gegenüber China, mittel- bis langfristig über Russland angestrebt.
2. Bereits kurzfristig sollen die „Schurkenstaaten“ mit allen Mitteln, davon abgehalten werden, an Massenvernichtungsmittel zu gelangen. Dies schließt auch den Ersteinsatz von Atomwaffen ein, der hierfür als unerlässlich angesehen wird.

Wie bereits oben beschrieben wird letzteres offiziell damit begründet, „Schurkenstaaten“ würden ihre ABC-Waffen für offensive Aktionen nutzen wollen, ungeachtet der Tatsache, dass Washington auf jeden solchen Angriff mit einem vernichtenden Gegenschlag, gleichbedeutend mit der Beendigung des jeweiligen Regimes, reagieren würde. So gesehen würden sie sich der „Logik der Abschreckung“ entziehen, weshalb ihnen unter keinen Umständen Massenvernichtungsmittel zur Verfügung stehen dürften.<sup>37</sup> Dieser Anspruch hat weitreichende Folgen für die atomare Einsatzplanung, denn laut NPR „könnten Nuklearwaffen gegen Ziele eingesetzt werden, die in der Lage sind, nicht-nuklearen Angriffen zu widerstehen.“<sup>38</sup> Da Produktions- und Lagerstätten von Massenvernichtungsmitteln mit konventionellen Waffen teilweise nicht zerstörbar sind, scheint man gewillt zu sein, diese mittels Atomwaffen präventiv zu vernichten. Hierfür benötigt man aber eine neue Generation kleiner Atomwaffen, weshalb man auch beabsichtigt, aus dem umfassenden Teststoppvertrag auszusteigen und künftig wieder Atomtests für die Entwicklung dieser Waffen durchzuführen.<sup>39</sup> „Die Überprüfung macht“, wie Jim Hoagland, Journalist der *Washington Post*, feststellt, „eine klare Wende des Bush-Teams hin zu einer Präventivschlagsstrategie deutlich, inklusive, wenn nötig, Nuklearwaffen.“<sup>40</sup> Dies deckt sich mit der später in der NSS vorgelegten Doktrin, insbesondere da die NPR die strikte, langjährige Trennung zwischen konventionellen und atomaren Kapazitäten innerhalb der US-Verteidigungsplanung aufhebt – künftig also konventionelle und atomare Kriegsplanung ineinander greifen werden.<sup>41</sup>

Die wahren Gründe für die Revision des US-Nuklearkonzeptes lassen sich aus einer Studie des regierungsnahen Institute for Foreign Policy Analysis ersehen: „Es liegt auf der Hand, dass die Fähigkeit, die USA mit Raketen zu bedrohen, es der übrig gebliebenen Supermacht zunehmend schwerer machen würde, ihre nationalen Interessen zu verteidigen: die Aufrechterhaltung der globalen Stabilität (und) den gesicherten Zugang zu Öl.“<sup>42</sup>

Die sogenannten „Schurkenstaaten“ verfolgen, wie übrigens von den US-Geheimdiensten auch zugegeben wird, mit Massenvernichtungsmitteln einzig und allein den Zweck, sich vor Angriffen der USA schützen zu wollen, was beweist, dass das Prinzip der Abschreckung also durchaus funktioniert.<sup>43</sup> Tatsächlich geht es nicht darum, offensive Aktionen verhindern zu wollen, sondern eigene Angriffe durch die Eliminierung des feindlichen Abschreckungspotenzials erst zu ermöglichen. MAD soll durch die „Gesicherte Einseitige Vernichtungsfähigkeit“ ersetzt werden. Ungewöhnlich offen formulierten bereits 1980 der ehemalige NIPP-Leiter Colin S. Gray, zusammen mit Keith Payne, in einem Artikel mit der Überschrift „Sieg ist möglich“, welchen „praktischen“ Nutzen ihrer Ansicht nach das US-Nuklearwaffenarsenal besitzen sollte: „Wenn die atomare Macht der USA dazu dienen soll, den außenpolitischen Zielen der USA zu dienen, dann müssen die Vereinigten Staaten in der Lage sein, rational Atomkrieg zu führen.“<sup>44</sup> Nach über 20 Jahren sind sie mit der NPR dem Ziel „rationaler Atomkriege“ einen erheblichen Schritt näher gekommen. Karl Grobe ordnet in der *Frankfurter Rundschau* die NPR in den Kontext US-amerikanischer Hegemonialpolitik ein: „Es gibt eine Vorgeschichte; und die macht die Entwicklung einer Weltstrategie sichtbar. Im Verborgenen haben die heutigen Pentagon-Strategen derlei seit einiger Zeit gedacht. Die erste Phase war der Aufruf, die Urheber der Verbrechen vom 11. September zu fassen, tot oder lebendig; was bisher fehlgeschlagen ist. Die zweite Phase war die Vernichtung des Taliban-Regimes, Kollateralschäden inbegriffen, doch das Stabilitäts-Ziel für Afghanistan ist bisher verfehlt worden. Die dritte Phase ist die mit Nummer eins und zwei begründete, aber weiter reichende Etablierung von Militärstützpunkten, von

Jemen bis Usbekistan, von den Philippinen bis Georgien. Die vierte ist die Erfindung der „Achse des Bösen“, Kriegsvorbereitung gegen Irak inbegriffen. Die fünfte Etappe erklärt den Atomkrieg für führbar.“<sup>45</sup>

Es gibt noch eine sechste Phase – die endgültige Etablierung der Pax Americana durch eine gewaltsame Unterwerfung feindlicher Länder.

## DIE FREIHEITSDOKTRIN

Was Clinton mit seiner 1993 veröffentlichten „Strategy of Enlargement“ recht war, ist der Bush-Administration nur billig. Damals wie heute wird versucht, die aggressive Ausweitung des neoliberalen Systems als Förderung demokratischer Werte zu verkaufen. „Das Konzept des ‘freien Handels’ war ein moralisches Prinzip, lange bevor es zu einer Stütze der Wirtschaft wurde“, heißt es in der NSS (S. 18). Tatsächlich geht es aber nicht darum, Länder zu demokratisieren, sondern sie dazu zu veranlassen, sich an die wichtigsten Spielregeln des kapitalistischen Systems zu halten. Deshalb fordert die NSS (S. 21f.) „Gesellschaften für Handel und Investitionen [zu] öffnen. [...] Freie Märkte und freier Handel sind Schlüsselprioritäten unserer nationalen Sicherheitsstrategie.“ Die Ausweitung „demokratischer Zonen des Friedens“ wird hierbei (wie im obigen Schaubild demonstriert) für die US-Strategen zur „militärischen Aufgabe.“

Die Bush-Doktrin rechtfertigt dies, indem die „aggressive Demokratisierung“ zu einem nationalen Sicherheitsinteresse erhoben wird. Autoritär regierte, fehlgeschlagene Staaten, seien selbst dafür verantwortlich, wenn in ihrem Land Terrorismus gedeihe. Das vorgebliche Ziel Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft zu bringen, wird bei Nichterreichen zu einer Gefahr für die USA, der auch klassische Realisten begegnen müssen.<sup>46</sup>

Insbesondere seit den Anschlägen des 11. September wird in Sicherheitskreisen eine hierauf abzielende „Freiheitsdoktrin“ diskutiert. Diese erfordere „die Eliminierung der gegen die Freiheit gerichteten Kräfte, seien es Individuen, Bewegungen oder Regime.

Danach kommt die Konstruktion pro-freiheitlicher Kräfte. [...] Schließlich kommt die Etablierung von Regierungen, die die Freiheit ihrer eigenen Bevölkerung ebenso schätzen und schützen, wie dies die Vereinigten Staaten tun.“ Dies sei ein Konzept, das Realisten und Internationalisten, „Woodrow Wilson und Ronald Reagan begrüßen würden.“<sup>47</sup>

So setzen sich prominente Neokonservative wie etwa Michael Leeden oder Norman Podhoretz, schon lange für eine „demokratische Transformation“, insbesondere im Mittleren Osten ein. Ein Regimewechsel im Iran, Irak und Saudi-Arabien und Syrien, der wohl kaum ohne Krieg machbar sein wird, sei für die Sicherheit der USA unbedingt notwendig, so Leeden.<sup>48</sup> Podhoretz fordert zusätzlich noch als Minimum einen Regimewechsel im Libanon, Libyen, Ägypten, ebenso wie eine „Demokratisierung“ der palästinensischen Autonomiebehörde.<sup>49</sup>

Und in der Tat ist dieses Ziel in der Bush-Doktrin angelegt. John Lewis Gaddis schreibt hierzu in der Foreign Policy: Bei „näherer Betrachtung scheint es ein Plan zur Transformation des gesamten muslimischen Mittleren Ostens zu sein. [...] Ein Prozeß, der reaktionäre Regime im Mittleren Osten endgültig untergraben und beseitigen und damit den wichtigsten Nährboden des Terrorismus eliminieren könnte.“ Nebenbei könne man damit auch „die reichliche Versorgung mit billigem Öl sicherstellen.“<sup>50</sup>

In einer Neuauflage des „humanitären Interventionismus“ der 90er Jahre wird hiermit ein weiterer Kriegsgrund etabliert, der die Möglichkeit eröffnet, Staaten gewaltsam in das US-Interessen befördernde Weltsystem einzubinden. Zudem reagiert man auch auf die negativen Auswirkungen des Neoliberalismus, wie auch der Kontrollpolitik in Schlüsselregionen, indem die hierdurch entstehenden, Terrorismus befördernden Spannungen und sozialen Verwerfungen, den Staaten selbst in die Schuhe geschoben und als Kriegsgrund gewertet werden. Beispielhaft hierfür ist ein im Wall Street Journal vom 9. Oktober 2001 erschienener Artikel des britischen Historikers Paul Johnson: „Amerika hat keine andere Wahl, als Krieg gegen die Länder zu führen, die gewohnheitsmäßig Terroristen unterstützen. Präsident Bush warnte, dass der Krieg lange dauern könne, aber er hat vielleicht noch nicht ver-

standen, dass Amerika auch langfristige politische Verpflichtungen akzeptieren muss. Denn die wohl passendste historische Parallele – der Krieg gegen das Piratentum im 19. Jahrhundert – war ein wichtiges Element für die Ausdehnung des Kolonialismus. Vielleicht zeichnet sich eine neue Art Kolonie, der vom Westen verwaltete ehemalige Terroristenstaat, am Horizont ab.“<sup>51</sup> Der „vom Westen verwaltete Terrorstaat“, wird zur logischen Folge von US-Hegemonialpolitik, Neoliberalismus und Kontrollanspruch.

## DAS PARADOXON DER HEGEMONIE

Schon Clinton verkündete 1994, er werde die nationalen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten wenn nötig auch im Alleingang verfolgen. Die NSS (S. 1) erneuert diesen Anspruch, indem sie einen „ausgeprägten amerikanischen Internationalismus“ verkündet, der letztlich darauf hinausläuft, nur dann auf Kooperation zu setzen, wenn diese eindeutig US-Interessen befördert. Im Umkehrschluss hat die Bush-Administration ihre Bereitschaft, hinderliche Vereinbarungen aufzukündigen, mehr als einmal unter Beweis gestellt. Auch das ist eine deutliche Zuspitzung schon lange vorhandener Tendenzen.

Exemplarisch ist hier der Umgang mit der NATO: „Das Bündnis muss in der Lage sein zu handeln, wo immer unsere Interessen bedroht sind,“ heißt es in der NSS (S. 25). Unmissverständlich wurde gegenüber der Allianz gedroht, sie verliere für die USA an Bedeutung, falls die Bush-Doktrin nicht übernommen werde. Klar wird hier der US-Anspruch, nicht Verbündete haben zu wollen, sondern Vasallen.

Die in Prag (September 2002) getroffene Entscheidung der Allianz, ebenfalls eine Interventionstruppe, die NATO Response Force (NRF), zur präventiven Terrorismusbekämpfung in einem Umfang von 21000 Soldaten aufzustellen, bestätigt die traurige Erfahrung, dass die Allianz mit zeitlicher Verzögerung dazu neigt, die außenpolitischen Doktrinen der Vereinigten Staaten zu übernehmen. Allerdings wurde es bisher vermieden, offen darüber zu spekulie-

ren, ob auch die neue amerikanische Nuklearstrategie Aufnahme in das strategische Konzept der NATO finden wird. Ein Schritt, der auch Deutschland über die nukleare Teilhabe zum atomaren Mittäter machen würde. Washington jedenfalls wird wohl auch in diesem Bereich ungeachtet des offensichtlichen Unbehagens der europäischen Staaten Nibelungentreue erwarten und diese auch mit Drohungen einfordern.

Genau an diesem Punkt setzen die meisten Kritiker der Bush-Doktrin an. Sie befürchten, die allzu rigorose Durchsetzung der US-Interessen untergrabe die Legitimität des US-Führungsanspruchs. Ohne Rücksichtnahme auf Verbündete und einer wenigstens ansatzweisen Einhaltung internationaler Verbindlichkeiten, würden sich die USA zunehmend isolieren und sich neue Gegner schaffen. Auch würden sie Schwierigkeiten haben, die Vielzahl ihrer Interessen im Alleingang zu sichern.<sup>52</sup>

So richtig diese Kritik ist, verwischt sie doch den fundamentalen Bedingungs-zusammenhang zwischen Hegemonialanspruch und der hierfür zwingend notwendigen imperialen Politik. Denn ein hegemoniales System ist eben keineswegs die „gütigste Ordnungsform“ (Robert Kagan), sondern basiert im Gegenteil auf einer ausbeuterischen Dominanz, die Ungleichheit zementiert und Konflikte verschärft, statt vermeidet.<sup>53</sup>

Es gibt ihn nicht, den „wohlwollenden Hegemon“, der anderen Staaten ihren Willen lässt und seinerseits Zurückhaltung übt, denn er würde sich letztlich das eigene Grab schaufeln. Eine konsequente Beachtung internationaler Vereinbarungen, gar ein Ausbau rechtlicher Strukturen, würde den graduellen Aufstieg anderer Mächte mit sich bringen, damit der rücksichtslosen Durchsetzung eigener politischer und ökonomischer Interessen entgegenstehen und so den Verlust der eigenen Hegemonialposition nach sich ziehen. Die Verfolgung einer imperialen Strategie verbleibt so als einzige Handlungsoption, nimmt man den Anspruch auf Verewigung der US-Hegemonie ernst. Alles andere widerspräche dem Grundprinzip hegemonialer „Ordnung“, wie der im nationalen Sicherheitsrat arbeitende Neokonservative Stephen Peter Rose eindrucksvoll betont: „Eine politische Einheit, die eine überwältigende militärische Überlegenheit besitzt und diese benutzt, um

die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zu beeinflussen, wird Empire genannt. [Letztlich] konzentriert sich imperiale Strategie darauf, die Entstehung mächtiger und feindlicher Herausforderer zu verhindern: durch Krieg, wenn nötig, durch Assimilierung in das Empire, wenn möglich.“<sup>54</sup>

Der geplante Angriff gegen den Irak ist eindeutig im Zusammenhang mit dieser imperialen Strategie zu sehen. Jay Bookman beschrieb in einem viel beachteten Artikel des *Atlanta-Journal-Constitution*, dass Washingtons Kriegsziele dabei noch weit über die Kontrolle des irakischen Öls hinausgehen: „Dieser Krieg, sollte er denn kommen, zielt auf die offizielle Einführung der USA als voll ausgestaltetes globales Imperium, das für sich die Rolle und Autorität einer planetarischen Polizei reklamiert. Er wäre der Höhepunkt eines Planes, der seit zehn oder mehr Jahren von denen ausgearbeitet worden ist, die glauben, die Vereinigten Staaten müssten die Gelegenheit zur globalen Dominanz ergreifen. Selbst wenn das bedeutet, die ‚amerikanischen Imperialisten‘ zu werden, als die uns unsere Feinde immer bezeichneten.“<sup>55</sup>

Allerdings „gibt es ein Problem mit der rosigen Vision einer ‘Pax Americana’; sie wird nicht funktionieren.“<sup>56</sup> Das Paradox der Hegemonie liegt darin, dass eine rigorose Interessenspolitik den imperialen Niedergang beschleunigt:

- Die Bestrebungen, anti-hegemoniale Allianzen zu bilden, werden proportional zur Rücksichtslosigkeit der US-Außenpolitik zunehmen. Dies zeigt sich bereits an verschiedenen sino-russischen und russisch-europäischen Annäherungsversuchen, sowie den ernstesten Störungen der transatlantischen Beziehungen.
- Der Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln wird durch die permanente Androhung militärischer Gewalt massiv Vorschub geleistet.
- Die mit der Verbreitung des Neoliberalismus einhergehende Verarmung weiter Teile der Welt führt im Inneren zu Verteilungskonflikten, die oft als ethnische Spannungen interpretiert werden und zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung von außen „befriedet“ werden müssen. Verbunden mit der notwendigen Kontrolle von Schlüsselregionen wird hiermit der

Nährboden für terroristische Gruppen bereitet, die beabsichtigen, der alles dominierenden Weltmacht mit asymmetrischen Mitteln schweren Schaden zuzufügen.

- Je imperialer sich Washingtons Außenpolitik gibt, desto vielfältiger werden die militärisch zu wahren Interessen. Dies führt nicht nur zu zahlreichen Konflikten, sondern auch zu imperialer Überdehnung aufgrund der Fehlakkumulation von Ressourcen durch Überinvestition in den militärischen Bereich.<sup>57</sup>

„Die Pax Americana ist vorüber“, urteilt Immanuel Wallerstein. „Die Herausforderungen in Vietnam, auf dem Balkan, im Mittleren Osten bis hin zum 11. September haben die Grenzen amerikanischer Vorherrschaft offenbart. Werden die USA lernen, ruhig schwächer zu werden, oder werden die US-Konservativen sich widersetzen und dabei einen graduellen Niedergang in einen schnellen und gefährlichen Absturz verwandeln?“<sup>58</sup>

Derzeit versucht Washington dieser Entwicklung mit seiner aggressiven Kriegspolitik entgegenzuwirken und beschleunigt sie damit paradoxerweise noch weiter.

Nur eine Abkehr von dem alles beherrschenden Gedanken, ewig alleine die Spitze halten zu wollen – im Optimalfall sogar der Entschluss, die augenblickliche Position für den Aufbau einer auf Gleichheit basierenden internationalen Ordnung zu nutzen – wird schwere Konflikte verhindern können. Ein Gedanke, für den sich in Washington – nicht nur unter den Neokonservativen – augenblicklich kaum jemand zu erwärmen scheint.

1 - Mr. X: The Sources of Soviet Conduct, in: Foreign Affairs, July 1947, S. 566-582.

2 - The National Security Strategy of the United States of America, The White House, 17.09.02.

3 - Lieber, Robert J.: A New Era in U.S. Strategic Thinking, in: September 11: One Year Later, A Special Electronic Journal of the Department of State, 2002, S. 5-8, S. 6.

4 - Schwarz, Klaus-Dieter: Amerikas Mission, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Aktuell 38, Oktober 2002, S. 1.

5 - Boot, Max: Doctrine Of the „Big Enchilada“, Washington Post, 14.10.02.

6 - Rudolf, Peter: Die USA und die transatlantischen Beziehungen nach dem 11. September, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 25/02, S. 7-13.

7 - Krauthammer, Charles: The Unipolar Moment, in: Foreign Affairs, Winter 1990/91, S. 23-33.

8 - „No Rivals“-Plan: Den Aufstieg konkurrierender Mächte in Europa und Asien verhindern: Auszüge aus dem neuen Leitlinien-Entwurf des Pentagon, in: Blätter für deutsche und

- internationale Politik, 4 (1992), URL: <http://www.glasnost.de/militaer/92nivals.html> (05.01.03).
- 9 - Rebuilding America's Defenses. A Report of The Project for the New American Century, September 2000, S. II; Vgl. auch Wolfowitz, Paul: Remembering the Future, in: The National Interest (No. 59), Spring 2000.
  - 10 - Interessanterweise wurde dieser Satz vor der Veröffentlichung noch aus dem Dokument entfernt. Vgl. Press Briefing by Ari Fleischer, Office of the Press Secretary, 20.09.02.
  - 11 - Schwarz, Klaus-Dieter: Weltmacht USA, Baden-Baden 1999; Rudolf, Peter: „A Distinctly American Internationalism“, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 2/01, S. 127-138.
  - 12 - Rose, Jürgen: Die Schlacht zum Feind tragen, in: Freitag, Nr. 42/02.
  - 13 - Tucker, Robert: The End of a Contradiction?, in: In The National Interest, Vol. 1, Issue 1, 09.09.02.
  - 14 - Diehl, Jackson: Rice produces a brilliant synthesis, International Herald Tribune (IHT), 01.10.02.
  - 15 - Ikenberry, John G.: America's Imperial Ambition, in: Foreign Affairs, September/October 2002, S. 44-60, S. 44; Vgl. auch Hendrickson, David C.: Toward Universal Empire, World Policy Journal, Vol. XIX, No 3, Fall 2002, S. 1-10.
  - 16 - Golub, Philip S.: Westward the course of Empire, Le Monde Diplomatique, September 2002.
  - 17 - Vertreter dieser Auffassung gibt es viele. Im akademischen Bereich fand folgender Aufsatz die größte Beachtung: Wohlforth, William C.: The Stability of a Unipolar World, in: International Security, Vol. 24, No. 1 (Summer 1999), S. 5-41; Für eine Analyse und Kritik der theoretischen Grundlagen der US-Hegemonialpolitik, deren Legitimationsstrategien und ihrer Umsetzung in die Praxis vgl. Wagner, Jürgen: Das ewige Imperium: Die US-Außenpolitik als Krisenfaktor, Hamburg 2002.
  - 18 - Rilling, Rainer: „American Empire“ als Wille und Vorstellung, RLS Standpunkte, 9/02, S. 4.
  - 19 - Rebuilding America's defenses, S. IV.
  - 20 - Joint Vision 2020: America's Military Preparing for Tomorrow, S. 6.
  - 21 - Schmitt, Gary: A Case of Continuity, in: The National Interest, (No. 69), Fall 2002.
  - 22 - Zit. nach Knowlton, Brian: War talk by Cheney is tougher, IHT, 27.2.02.
  - 23 - Zit. nach Geopowers: 38. München-Konferenz: Chuzpe, Geopowers.com, 05.02.02.
  - 24 - Haass, Richard N.: Defining U.S. Foreign Policy in a Post-Post-Cold War World, Foreign Policy Association, The 2002 Arthur Ross Lecture, New York, 22.04.02, S. 7.
  - 25 - Kissinger, Henry: Die USA brauchen eine Strategie für die Zeit nach Saddam, Welt am Sonntag, 11.08.02.
  - 26 - Mearsheimer, John J./Walt, Stephen M.: Can Saddam Be Contained? History Says Yes, Columbia International Affairs Online, November 2002.
  - 27 - Kamp Karl-Heinz: The National Security Strategy, Konrad Adenauer Stiftung, 25.09.02; Vgl. auch Daalder, Ivo H./Lindsay, James M./Steinberg, James B.: The Bush National Security Strategy: An Evaluation, Brookings Policy Brief, October 2002, S. 1.
  - 28 - Zit. nach Ronnefeldt, Clemens: Angriffskrieg als Ordnungsprinzip oder: Hinter der US-Militärpolitik steht die US-Wirtschaftspolitik, 01.08.02, URL: [http://www.versoehnungsbund.de/paid/vcr\\_angriff02.html](http://www.versoehnungsbund.de/paid/vcr_angriff02.html) (05.01.03).
  - 29 - Donnelly, Thomas: The Past as Prologue: An Imperial Manual, in: Foreign Affairs, July/August 2002.
  - 30 - Zit. nach Ronnefeldt: Angriffskrieg als Ordnungsprinzip.
  - 31 - Magolis, Eric: A war only the White House wants, Toronto Sun, 25.08.02; Rilling: „American Empire“, S. 6.
  - 32 - Baker, Peter: Russia sees trade-off with Bush on Georgia, IHT, 14-15.09.02
  - 33 - Bspws. von Crouch, John D.: ASD Special Briefing on the Nuclear Posture Review, 09.01.02.
  - 34 - Erstmals wurden Auszüge in der Los Angeles Times zitiert. Vgl. Arkin, William M.: Secret Plan Outlines the Unthinkable: A secret policy review of the nation's nuclear policy puts forth chilling new contingencies for nuclear war, Los Angeles Times, 10.03.02; Nachdem kurze Zeit später auch die New York Times offensichtlich über ein Exemplar verfügte, lagen auch bald ausführliche Exzerpte des Berichts im Internet vor. Vgl. Nuclear Posture Review [Excerpts], Submitted to Congress on 31 December 2001, 8. January 2002, URL:<http://www.globalsecurity.org/wmd/library/policy/dod/npr.htm> (17.03.03).
  - 35 - Scoblic, Peter J.: Think anew about US nukes, The Christian Science Monitor, 19.03.02; Robbins, James S.: Why the Leak? More nuclear posturing, National Review Online, 15.03.02.

- 36 - Beteiligt an der Ausarbeitung waren unter anderem Stephen J. Hadley, stellvertretender nationaler Sicherheitsberater, Robert Joseph, zuständig für Proliferationsfragen, Stephen Cambone, ein Mitarbeiter von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und William Schneider Jr. ein Berater Bushs; Payne's Einfluss auf die US-Nuklearpolitik ist kaum zu überschätzen. Vgl. Payne, Keith u.a.: *Rationale Requirements for U.S. Nuclear Forces and Arms Control*, Volume I, Executive Report, January 2001; Payne, Keith: *The Fallacies of Cold War Deterrence and a New Direction*, Lexington 2001.
- 37 - Payne: *Rationale Requirements*, S. 11f.
- 38 - *Nuclear Posture Review Report [Excerpts]*, S. 3 (12f. im Original).
- 39 - Kucia, Christine: *Pentagon Memo Raises Possibility of Nuclear Testing*, *Arms Control Today*, December 2002; Bromley, Mark/Grahame, David: *Bunker Busters: Washington's Drive for New Nuclear Weapons*, *Global Beat Syndicate*, 06.09.02.
- 40 - Hoagland, Jim: *Bush's new strategy is on the right track*, *IHT*, 19.03.02.
- 41 - *Statement of the Honorable Douglas J. Feith, Undersecretary of Defense for Policy, Senate Armed Services Hearing on the Nuclear Posture Review*, 14.02.02, S. 5; *Statement of Admiral James O. Ellis, USN Commander in Chief United States Strategic Command, Senate Armed Services Committee on the Nuclear Posture Review*, 14.02.02, S. 6.
- 42 - Tanks, David R.: *National Missile Defense: Policy Issues and Technological Capabilities*, *Institute for Foreign Policy Analysis*, Washington 2000, S. 22 (Kap. 1).
- 43 - Wagner, Jürgen: *Krieg aus dem All? Die Raketenabwehrpläne der USA*, *isw-Spezial* Nr. 14, Juni 2001.
- 44 - Gray, Colin S./Payne, Keith: *Victory is possible*, in: *Foreign Policy*, Nr. 39 (1980), deutsch unter dem Titel *Sieg ist möglich*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 12 (1980).
- 45 - Grobe, Karl: *Panik und Bombenpläne*, *Frankfurter Rundschau*, 14.03.02.
- 46 - Gaddis, John L.: *A Grand Strategy*, in: *Foreign Policy*, November/December 2002, S. 50-57.
- 47 - McFaul, Michael: *The Liberty Doctrine*, in: *Policy Review*, April-May 2002.
- 48 - Buchanan, Patrick J.: *On to Baghdad – and beyond*, *WorldNetDaily Commentary*, 07.10.02.
- 49 - Podhoretz, Norman: *In Praise of the Bush Doctrine*, in: *Commentary Magazine*, September 2002.
- 50 - Gaddis: *A Grand Strategy*, S. 56.
- 51 - Zit. nach Mies, Maria: *Von der Lizenz zum Plündern zur Lizenz zum Töten: Das Globale Freihandelssystem als Neokoloniales Kriegssystem*, *Papier zum Attac-Kongress*, Oktober 2001, S. 11.
- 52 - Vgl. bspws. Nye, Joseph S. Jr.: *The American national interest and global public goods*, in: *International Affairs*, vol. 78, no. 2 (2002), S. 233-244.
- 53 - Foster, John B.: *The Rediscovery of Imperialism*, in: *Monthly Review*, November 2002. 54 Zit. nach Rilling: „*American Empire*“, S. 8
- 55 - Bookman, Jay: *The president's real goal in Iraq*, *The Atlanta Journal-Constitution*, 29.09.02.
- 56 - Mearsheimer, John J.: *Hearts and Minds*, in: *The National Interest*, (No. 69), Fall 2002.
- 57 - Vgl. hierzu bspws. Kennedy, Paul: *Aufstieg und Fall der großen Mächte: Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt 1500-2000*, Frankfurt 2000; Wagner: *Das ewige Imperium*.
- 58 - Wallerstein, Immanuel: *The Eagle has Crash Landed*, in: *Foreign Policy*, July/August 2002, S. 60-68, S. 60.